



Praxis trifft Bundespolitik

FVDZ-Landesverband Westfalen-Lippe. Im Rathaus Espelkamp haben Mitte Mai Mitglieder der Bezirksgruppe Ostwestfalen-Lippe aus Minden-Lübbecke mit der Bundespolitik über die Zukunft der zahnärztlichen Versorgung diskutiert.

Autor: Dr. Oliver Speyer

Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte aller Altersgruppen aus der Region kamen mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Simone Borchardt und dem Bundestagsabgeordneten Dr. Oliver Vogt (CDU) zu einem intensiven fachlichen Austausch zusammen – entsprechend breit war die Runde aufgestellt. Eingeladen hatte der CDU-Ortsverband, nachdem Borchardt bei einer früheren Veranstaltung einen Besuch zugesagt hatte.

GKV-Reform im Fokus

Im Zentrum der Diskussion stand die geplante Begrenzung des Honorarzuwachses in der gesetzlichen Krankenversicherung (Grundlohnsumme minus 1 Prozent) und ihre möglichen Folgen für Prävention und Versorgung vor Ort. Aus der Praxis wurde deutlich, dass die Zahnmedizin trotz ihrer zentralen Rolle für die Gesundheitsversorgung zunehmend unter wirtschaftlichen Druck gerät.



Aufmerksame Runde (von links): Simone Borchardt (CDU), Dr. Oliver Vogt (CDU) und der Bezirksgruppenvorsitzende Dr. Oliver Speyer

Mehr Bürokratie, weniger Zeit

Deutlich wurde zudem die wachsende Belastung durch Bürokratie in den Praxen: Umfangreiche Dokumentationspflichten, Fragen der Validierung sowie Probleme rund um Telematikinfrastruktur und Gematik binden nach Einschätzung der Runde spürbar viel Zeit in der Versorgung. Auch der anhaltende Fachkräftemangel prägt die tägliche Behandlungsrealität.

Strukturelle Spannungsfelder

Darüber hinaus wurden strukturelle Fragen diskutiert – vom Fachzahnarztvorbehalt in der Kieferorthopädie über fremdfinanzierte Versorgungszentren bis hin zur fehlenden Planungssicherheit durch wiederkehrende Kostendämpfungsmaßnahmen. Auch die Ausbildungsqualität und die steigenden Anforderungen in den Praxen waren Thema.

Klarer Fokus

Das Thema GOZ wurde bewusst ausgeklammert, da der Schwerpunkt auf den aktuellen Reformprozessen in der gesetzlichen Krankenversicherung liegen sollte.

Zum Abschluss des Gesprächs übergab die Runde Informationsmaterial der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KZVWL) und der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe (ZÄKWL), darunter Materialien zum Bürokratieabbau in den Zahnarztpraxen.

Borchardt bat zudem um ergänzendes Zahlenmaterial zu fremdfinanzierten MVZ sowie zur Entwicklung der Telematikinfrastruktur und zur Rolle der Gematik.

In ihrem Schlusswort betonte sie: „Eine Reform muss jetzt fachlich gut und notfalls nicht bis zur Sommerpause durchgepeitscht werden.“ Die Anregungen aus der Diskussionsrunde nehme sie mit in die weiteren politischen Beratungen. ■